

Änderungsantrag

der Abgeordneten Anja Hajduk, Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Dr. Tobias Lindner, Uwe Kekeritz, Peter Meiwald, Claudia Roth (Augsburg), Agnieszka Brugger, Corinna Rüffer, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/2000, 18/2002, 18/2823, 18/2824, 18/2825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015)**

hier: Einzelplan 23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Einzelplan 23 werden die Haushaltstitel wie folgt geändert:

- Kapitel 2301 Titel 687 06 „Entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe“, Erhöhung um 60 Mio. Euro auf 199 Mio. Euro.
- Kapitel 2301 Titel 896 03 „Bilaterale Technische Zusammenarbeit“, Erhöhung um 60 Mio. Euro auf 1216,974 Mio. Euro.
- Kapitel 2301 Titel 896 11 – 023 „Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit – Zuschüsse“, Erhöhung um 75 Mio. Euro auf 1190,250 Mio. Euro.
- Kapitel 2301, Einführung eines neuen Titels „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“ mit 20 Mio. Euro.
- Kapitel 2302 Titel 687 04 „Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Stiftungen“, Erhöhung um 15 Mio. Euro auf 245 Mio. Euro.
- Kapitel 2302 Titel 687 08 „Gesellschaftliche Krisenreaktions- und Stabilisierungshilfe“, Erhöhung um 10 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro.
- Kapitel 2302 Titel 896 04 „Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen“, Erhöhung um 2 Mio. Euro auf 227 Mio. Euro.
- Kapitel 2302 Titel 684 71 „Förderung der entwicklungspolitischen Bildung“, Erhöhung um 5 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro.

- Kapitel 2302 Titel 685 71 „Förderung des kommunalen Engagements“, Erhöhung um 2 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro.
- Kapitel 2302 Titel 687 74 „Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst“, Erhöhung um 2 Mio. Euro auf 33 Mio. Euro.
- Kapitel 2302 Titel 687 76 „Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben privater deutscher Träger“, Erhöhung um 10 Mio. Euro auf 77 Mio. Euro.
- Kapitel 2303 Titel 687 01 „Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen“, Erhöhung um 109,500 Mio. Euro auf 264,400 Mio. Euro.
- Kapitel 2303 Titel 687 02 „Beteiligung am Welternährungsprogramm“, Erhöhung um 77 Mio. Euro auf 100,008 Mio. Euro.
- Kapitel 2303 Titel 687 04 „Zahlungen an den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und an dessen Sonderprogramm für Subsahara-Afrika“, Erhöhung um 6,664 Mio. Euro auf 25 Mio. Euro.
- Kapitel 2303 Titel 896 07 „Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM)“ um 90 Mio. Euro auf 300 Mio. Euro.
- Kapitel 2303 Titel 896 09 „Entwicklungswichtige multilaterale Hilfen zum weltweiten Umweltschutz und zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz“, Erhöhung um 125 Mio. Euro auf 299,896 Mio. Euro.
- Kapitel 2310 Titel 687 01 „Internationaler Klima- und Umweltschutz: Erhöhung“ um 125 Mio. Euro auf 289,030 Mio. Euro.
- Kapitel 2311 Titel 542 01 „Öffentlichkeitsarbeit“ um 1,5 Mio. Euro auf 2,679 Mio. Euro.

Berlin, den 24. November 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Vor dem Hintergrund zahlreicher neu ausgebrochener Krisen und dem bevorstehenden herausragenden Entwicklungs- und Klimajahr 2015 muss Deutschland bei der Entwicklungszusammenarbeit ein deutliches Signal an die Weltgemeinschaft senden. Deutschlands international gegebenes Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit fließen zu lassen und zusätzlich bis 2020 seinen fairen Anteil im Bereich des globalen Klimaschutzes bereitzustellen, muss mit einem glaubwürdigen Wachstumspfad im Haushalt verbunden werden. Diesem Anspruch werden wir dadurch gerecht, dass wir die Mittel für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Etat des BMZ für 2015 um insgesamt rund 800 Mio. Euro erhöhen.

Aktuelle Schwerpunkte sehen wir angesichts der gegenwärtigen Krisen und Konflikte einerseits bei der Flüchtlingshilfe und der Eindämmung von Ebola und anderen Epidemien und andererseits mit Blick auf das Jahr 2015 beim internationalen Umwelt- und Klimaschutz sowie dem verstärkten Kampf gegen den Welthunger. Dabei fördern wir vor allem die multilaterale Zusammenarbeit und die Vielfalt der verschiedenen Organisationen: die Arbeit der Kirchen, privaten Träger und politischen Stiftungen.

Angesichts der aktuellen Krisen etwa in Syrien und im Irak bedarf es eindeutiger finanzieller Zusagen zur Unterstützung der Flüchtlinge in den betroffenen Gebieten und Anrainerstaaten. Zur Überwindung dieser Konflikte ist ein langer Atem notwendig, so dass über humanitäre Hilfe hinaus die Einrichtung flexibler Übergangsprogramme erforderlich ist. Die von der Regierung hierfür vorgesehenen Mittel reichen allerdings nicht aus. Dementsprechend fordern wir zusätzlich zu den von uns im Haushaltsausschuss mitbeschlossenen Erhöhungen um 90 Mio. Euro für die flexiblen Übergangshilfen im Etat des BMZ eine weitere Aufstockung um 60 Mio. Euro.

Denn diese Mittel unterstützen Menschen in Not nicht nur ganz unmittelbar, sondern zielen darauf ab, die Situation von Anfang an derart zu stabilisieren, dass langfristige und nachhaltige Wiederaufbauprogramme möglich werden. Sie ermöglichen es der Entwicklungszusammenarbeit den fließenden Übergang von Soforthilfe, wie der Bereitstellung von temporären Gesundheitsdiensten und Schulunterricht, zu längerfristigen Maßnahmen, wie der Wiederherstellung einer sozialen und infrastrukturellen Mindestversorgung, zu gestalten.

Auch zur Eindämmung der Ebola-Epidemie sind dringend höhere Hilfen als bislang im Etat veranschlagt notwendig. Für die am schlimmsten betroffenen Staaten Liberia, Guinea und Sierra Leone bedeutet der Virus eine Zerreißprobe. Nach Angaben der WHO sind bislang rund 5000 Menschen an Ebola gestorben und mehr als 10.000 Menschen mit dem meist tödlichen Virus infiziert. Die Gefahr eines möglichen Übergreifens der Epidemie auf andere Länder oder gar Kontinente ist nach wie vor nicht gebannt. Daher fordern wir ein umfassendes Hilfsprogramm ein, für das wir ressortübergreifend 100 Mio. Euro zur Verfügung stellen, darunter 35 Mio. Euro im Haushalt des BMZ.

